

<b>Beschlussvorlage</b>	Datum: 03.02.2014
Entscheidendes Gremium: <b>Bürgerschaft</b>	fed. Senator/-in: OB, Roland Methling
Federführendes Amt: Rechtsamt	bet. Senator/-in:
Beteiligte Ämter: Hauptamt	bet. Senator/-in:
<b>Neunte Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Hansestadt Rostock</b>	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
05.03.2014	Bürgerschaft
Zuständigkeit	
Entscheidung	

**Beschlussvorschlag:**

Die Bürgerschaft beschließt die Neunte Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Hansestadt Rostock (Anlage).

Beschlussvorschriften:

§ 5 Kommunalverfassung M-V

bereits gefasste Beschlüsse:

Nr. 2014/AN/5228 der Bürgerschaft vom 29.01.2014

**Sachverhalt:**

Mit der Vorlage wird dem Beschluss der Bürgerschaft vom 29.01.2014 (2014/AN/5228) Rechnung getragen.

Den Mitgliedern des Migrantenrates wird ein Anspruch auf Entschädigung des Aufwandes eingeräumt, soweit es die Teilnahme an Sitzungen betrifft.

Der Beschluss dient dazu, diesen Anspruch in der Hauptsatzung zu manifestieren. Er bildet die Grundlage dafür, dass die Verwaltung die eingeräumte Entschädigung erstatten kann.

## Finanzielle Auswirkungen:

Teilhaushalt: 03  
Produkt: Bürgerschaft, Ausschüsse und andere Gremien  
Investitionsmaßnahme Nr.: Bezeichnung:

Haushalts- jahr	Konto / Bezeichnung	Ergebnishaushalt		Finanzhaushalt	
		Erträge	Auf- wendungen	Ein- zahlungen	Aus- zahlungen
<b>2014</b>	50130000- Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige		2000,00		2000,00

Bezug zum Haushaltssicherungskonzept:: kein

Roland Methling

### Anlage:

Neunte Satzung zur Änderung der Hauptsatzung  
der Hansestadt Rostock

## Neunte Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Hansestadt Rostock

Auf der Grundlage des § 5 Abs. 2 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung - KV M-V) vom 13. Juli 2011 (GVOBl. M-V S. 777) wird nach Beschlussfassung der Bürgerschaft am nachfolgende Neunte Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Hansestadt Rostock erlassen:

### Artikel 1 Änderung

Die Hauptsatzung der Hansestadt Rostock vom 7. August 2006, veröffentlicht im Amts- und Mitteilungsblatt der Hansestadt Rostock Nr. 17 vom 30. August 2006, zuletzt geändert durch die Achte Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Hansestadt Rostock vom 7. Februar 2014, veröffentlicht im Amts- und Mitteilungsblatt der Hansestadt Rostock Nr. 3 vom 12. Februar 2014 und Nr. 4 vom 26. Februar 2014, wird wie folgt geändert:

Die Anlage 4 Ziffer 1 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

„1.

(1) Es werden funktions- und sitzungsbezogene Entschädigungen wie folgt gezahlt:

<b>Funktionsbezogene Aufwandsentschädigung monatlich</b>		
Präsidentin oder Präsident der Bürgerschaft	960 EUR	
Präsidiumsmitglieder	280 EUR	
Vorsitzende oder Vorsitzender der Fraktionen	520 EUR	
Vorsitzende oder Vorsitzender der Ortsbeiräte (abhängig von der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner)	50 EUR	(bis 1 000)
	80 EUR	(bis 2 500)
	100 EUR	(bis 5 000)
	160 EUR	(bis 10 000)
	180 EUR	(bis 20 000)
	200 EUR	(über 20 000)
Oberbürgermeisterin oder Oberbürgermeister	355 EUR	
Stellvertreterinnen oder Stellvertreter der Oberbürgermeisterin oder des Oberbürgermeisters	175 EUR	
Senatorin oder Senator	85 EUR	
Kreisjägermeisterin oder Kreisjägermeister	300 EUR	

<b>Sitzungsbezogene Aufwands- entschädigung Sitzung von</b>	<b>Berechtigte</b>	<b>Leiter der Sitzung</b>	
Bürgerschaft	Mitglieder	30 EUR	
Ausschüssen	Mitglieder	30 EUR	60 EUR
Fraktionen	Mitglieder und sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner, sofern eine Ausschusssitzung vorbereitet wird	30 EUR	
Ortsbeiräten	Mitglieder <b>und gemäß § 1 Abs. 3 Ortsbeiratssatzung zur Sitzung beigezogene Einwohner/innen</b>	20 EUR	
<b>Migrantenrat</b>	<b>Mitglieder</b>	<b>20 EUR</b>	
Kleingartenbeirat, Seniorenbeirat, Agenda-21-Rat, Sprecherrat des Beirates für behinderte und chronisch kranke Menschen		20 EUR“	

## **Artikel 2 Inkrafttreten**

Die Neunte Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Hansestadt Rostock tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Rostock,

Roland Methling  
Oberbürgermeister